

Hannover, 19. November 2013

Offener Brief
Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte
Aussetzen der Altersermäßigung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,

Sie bekommen seit Wochen und in diesen Tagen mit, wie verbittert die Lehrkräfte wegen der Beschlüsse der Haushaltsklausur sind, die die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte und das Aussetzen der Altersermäßigung vorsehen.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die in der gymnasialen Oberstufe arbeiten, sind durch Korrekturen, Abiturprüfungen sowie intensive Unterrichtsvorbereitung erheblich belastet. Insbesondere nach Einführung des Zentralabiturs mit ständig wechselnden Kursthemen ist diese Belastung noch erheblich gestiegen. Die Lehrerinnen und Lehrer wundern sich, dass Sie nur Unterrichtsverpflichtungen vergleichen und die in anderen Bundesländern gewährte deutlich höhere Entlastung für den Oberstufeneinsatz nicht zur Kenntnis nehmen.

Nicht nur die älteren Lehrkräfte, sondern auch die jüngeren erwarten, dass Ihre Regierung endlich bekannt gibt, wann und auf welche Weise die Altersermäßigung wieder eingesetzt wird.

Sehr geehrter Herr Weil, seien Sie der erste Ministerpräsident, der die Kraft aufbringt, den „Schweinezyklus“ bei den Neueinstellungen zu durchbrechen. Jetzt ist der Zeitpunkt, durch die verbindlich zugesagte Rücknahme der Kürzungen bei der Altersermäßigung nicht nur die Gesundheit unserer älteren Kolleginnen und Kollegen zu schützen, sondern auch eine ausgewogene Altersstruktur an unseren Schulen zu erreichen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gegenwärtig überlagern die negativen Botschaften die positiven Botschaften in der Bildungspolitik, die die Regierung zum Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt hat, was auch an der deutlichen Erhöhung des Kultushaushalts erkennbar ist. Wir sind sicher, dass Sie eine Vorstellung davon gewonnen haben, dass die Lehrkräfte es Ihrer Regierung bis zu den nächsten Landtagswahlen übel nehmen, dass notwendige bildungspolitische Maßnahmen durch die Erhöhung der Arbeitsbelastung der in den Schulen Beschäftigten finanziert werden und dass damit gegebene Zusagen einer früheren SPD-geführten Landesregierung gebrochen werden. Und Sie merken auch, dass die Lehrerinnen und Lehrer von weiten Kreisen der Elternschaft und der Schülerschaft unterstützt werden. Das war vor Jahren noch nicht so.

Die Abgeordneten der Regierungsfractionen bekommen in ihren Wahlkreisen den Ärger unserer Kolleginnen und Kollegen zu spüren. Sie haben bei den öffentlichen Debatten einen schweren Stand. Im persönlichen Gespräch äußern viele Abgeordnete, sie hätten nicht erwartet, dass sie ausgerechnet in Sachen Bildungspolitik mehr Widerspruch als Zustimmung bekommen. Sie erklären, dass diese Entwicklung offensichtlich im politischen Kalkül der Haushaltsklausur im Frühsommer nicht vorgesehen war.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

es liegt an Ihnen, einen schweren politischen Fehler im ersten Jahr der Legislaturperiode zu korrigieren. Wir können verstehen, dass die Abgeordneten sich in der Pflicht sehen, die knappe Regierungsmehrheit nicht zu gefährden. Daher sollte die Initiative zur Kurskorrektur von Ihnen als dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten ausgehen. Nehmen Sie den Beschluss zurück, die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrkräfte zu erhöhen, und sorgen Sie dafür, dass der Kultusetat um den fehlenden Betrag aufgestockt wird. Sorgen Sie dafür, dass der geplanten Aussetzung der Altersermäßigung die Wiedereinsetzung folgt. Geben Sie dieses Signal möglichst schnell.

Eine solche Kurskorrektur wird nicht nur bei den niedersächsischen Lehrkräften eine hohe Anerkennung finden!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eberhard Brandt

gez. Horst Audritz